

SCIENCE PHOTO LIBRARY / MAURITIUS IMAGES

Bürgerversicherung

Union kommt SPD entgegen

Ärzte könnten höhere Honorare für die Behandlung von Kassenpatienten bekommen.

In der Union gibt es Überlegungen, der SPD bei ihrer Forderung nach einem Abbau der Zweiklassenmedizin entgegenzukommen. Führende Sozialdemokraten sehen das als Bedingung für eine Neuauflage der Großen Koalition. Konkret erwägt die Union, die Arzthonorare für die Behandlung gesetzlich Versicherter in einzelnen Bereichen anzuheben. Profitieren sollen vor allem Landärzte und die sogenannte sprechende Medizin, die ohne den Einsatz von Geräten auskommt. Höhere Arzthonorare für die Behandlung von Privatpatienten gelten als Hauptursache für Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem. Die SPD dringt daher auf eine vollständige Angleichung. „Wenn wir beim Abbau der Zweiklassenmedizin nichts erreichen, haben wir beim Mitgliederentscheid nicht den Hauch einer Chance“, sagt Karl Lauterbach. Der SPD-Gesundheitsexperte geht davon aus, dass CDU und CSU sich bewegen: „Wer uns in der Honorarfrage nicht entgegenkommt, der würde in Kauf nehmen, Angela Merkel scheitern zu sehen.“ rp, cos

Bundeswehr

Figaros Ende

Nach einer aufwendigen Prüfung der 67 „Truppenfriseurstuben“ der Bundeswehr hat der Bundesrechnungshof seinen vertraulichen Abschlussbericht fertiggestellt. Auf 19 Seiten kommen die Beamten der Bonner Behörde zu dem Schluss, dass „weder hygienische Erfordernisse nach dem Infektionsschutzgesetz noch Vorschriften zur Haartracht oder Anforderungen an das äußere Erscheinungsbild“ Truppenfriseurstuben erforderten. Die Vorgaben der entsprechenden Vorschriften könnten auch von ortsansässigen Friseuren sichergestellt werden. Es sei nicht ersichtlich, wie es „zu einer Beeinträchtigung des militärischen Dienstes“ durch einen Friseurbesuch kommen könne: „Die Haarpflege ist kein überraschendes Ereignis, sondern kann von den Soldatinnen und Soldaten für die dienstfreie Zeit geplant werden.“ Die Prüfer hatten an etlichen Standorten der Bundeswehr „örtliche Erhebungen“ vorgenommen und unter anderem „beispielhaft den ‚Trockenhaarschnitt Herren‘“ ausgewertet. In einem Fall sei der „Maschinenhaarschnitt des ortsansässigen Friseurs“ sogar preiswerter gewesen als der seines Kollegen bei der Truppe. Der Bund gab bisher pro Jahr eine knappe halbe Million Euro für die Unterstützung der Truppenfriseurstuben aus. Das Verteidigungsministerium hat dem Bundesrechnungshof nun zugesichert, die „Schließung der Einrichtungen sozialverträglich in einem Zeitraum von fünf Jahren zu gestalten“. ham



Bundeswehrsoldaten, Friseur 1971

AP / DPA / DPA PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel